

# Gewerkschaftliche Monatshefte

Herausgegeben vom Bundesvorstand des Deutschen Gewerkschaftsbundes

SECHZEHNTE JAHR  
NOVEMBER 1965

1

JÜRGEN DAHL

## Wortkampf um Wähler

*Am 23. September 1965, also vier Tage nach der Bundestagswahl, brachte der Westdeutsche Rundfunk unter dem Titel „Wenn man's so hörte, macht' es leidlich scheinen“ eine ausgezeichnete Analyse des „Wortkampfes um Wähler“ (so der Untertitel). Diese ungemein anregende Betrachtung sollte nicht mit dieser einmaligen Sendung in Vergessenheit geraten. Wir sind daher sehr dankbar, daß uns der Autor, Jürgen Dahl, und der Westdeutsche Rundfunk erlaubt haben, den folgenden Text zu publizieren.*  
Die  
Redaktion

Die Stimmen der Wähler sind gezählt, und die Stimmen der Gewählten fallen vom Fortissimo wieder ins Parlando, nachdem sie die Wähler Tag für Tag in den Zeitungen, im Rundfunk, im Fernsehen, in Wahlbroschüren und in Wahlkundgebungen mit Verlautbarungen mannigfacher Art konfrontiert haben, Verlautbarungen, von denen manche erst jetzt, da man sie vom Ereignis abgelöst betrachten kann, ihre ganze stupende Schlichtheit offenbaren:

„Menschen wie wir, strebsam und modern, besinnlich — wenn es sein darf —, wir wissen im Grunde genau, daß die CDU eine *sympathische Partei der treuen Wirklichkeit* ist: zuverlässig und gut geführt, solide und erfahren, mit viel Schwung und einem verlässlichen Motor.“

Das war die Meinung, die sich die Regierungspartei bei ihren Wählern wünschte — mit der Partei gewissermaßen als Status-Symbol.

Manch anderer Hinweis wurde in der Form einprägsamer Knittelverse dargeboten:

Im Inland gab's, seit Tag und Jahr  
nicht *ein* Gesetz, für das sie war;  
doch nun, nach günstigem Verlauf,  
setzt sie dem Dickkopf Lorbeern auf.

Dieses Urteil galt der Opposition, wobei, wie man hört, die strikte Richtigkeit der Fakten hie und da durch die Versifizierung beschädigt wurde — eine Unannehmlichkeit, welche in hohem Maße auch dem gemeinverständlichen Liedgut dieses Wahlkampfes eigen war:

Wie mit Lieben und mit Küssen  
ist's auch mit der Politik:  
Vor der Wahl muß jeder wissen,  
wem er diesmal gönnt das Glück.

Dieser Text stammt aus einem Schlager, welchen sich die Opposition von einem sonst nicht unwitzigen Kabarettisten hatte dichten und in Töne setzen lassen. Der Ton, der hier angeschlagen wurde, war charakteristisch für das ganze Wahlkampf-Vokabular — die Ermutigung nämlich, diese Wahl als etwas der Verschaffung privaten Glücksgefühls durchaus Vergleichbares zu traktieren; allen Versicherungen zum Trotz, diesmal und diesmal ganz besonders den Wähler bei seiner staatsbürgerlichen Vernunft zu packen: „*Es ist gerade diesmal vernünftig, SPD zu wählen.*“

Wäre es demnach also zu anderen Zeiten nicht gar so vernünftig gewesen, das zu tun? — Nun, jedenfalls nicht so ausschweifend vernünftig wie dieses Mal — so war es wohl gemeint. Vor allem aber: Die Formulierung weist darauf hin, daß hier, jenem Wahlschlager vom Lieben und vom Küssen zum Trotz, die Bundestagswahl als eine mit Vernunft zu handhabende Sache galt, weit entfernt von einem bloß traulich-privaten Techtelmechtel. Beides also waren typische Akzente in diesem Wahlkampf: der Appell an die Vernunft und die Ermunterung zur Emotion. Und den Sinn der Stunde erfaßt zu haben, konnte mithin jeder Wähler von sich behaupten, der nicht nur auf sachliche Information aus war, sondern auch der vertonten Wahlpropaganda sein Ohr nicht verschloß.

Was nun freilich die sachliche Aussage dieses Liedes betrifft, so besteht sie in einer grundlegenden Feststellung, die man geneigt wäre, als bekannt vorauszusetzen, deren Kenntnis jedoch landauf landab, wo immer möglich, verleugnet wurde: daß die Wahl eine Veranstaltung ist, welche auf dem Weg über die Parteien die Zahl ihrer Mandate im neuen Bundestag bestimmt, und daß also die Voraussetzung einer vernünftigen Wahl, wie auch jener Schlager mitteilt, darin besteht, daß der Bürger sich vor der Abgabe seiner Stimme über die Ziele aller Parteien, über die zur Wahl stehenden Alternativen informieren kann; was nach den Gesetzen der Logik wiederum voraussetzen würde, daß Alternativen bestehen und daß sie eindeutig formuliert werden.

Das Verfahren scheint so einfach wie korrekt zu sein: Die Kandidaten der Parteien sagen ihre Meinung, und der Bürger sagt dazu die seine, indem er seine Stimme abgibt. Beträchtliche Verlegenheit indessen bereitete ihm heuer der Mangel an konkreten Alternativen, wobei es, je nachdem, am Konkreten oder an der Alternative haperte. Die *Neue Zürcher Zeitung* sah das so:

„Unterströmungen, die möglicherweise schon in naher Zukunft von großer Bedeutung sein werden, sind im Wahlkampf nur schwer faßbar und stehen kaum zur Diskussion. Zum Beispiel ist wenig zu hören von jener ‚Politik der kleinen Schritte‘, der Annäherung an das Regime der Sowjetzone beziehungsweise des Abbaus bisher gehaltener Positionen in der Deutschland-Politik, die der Spitzenkandidat der SPD nicht nur für Berlin empfiehlt und die die Richtung der deutschen Politik weit nachhaltiger ändern könnte, als die außenpolitischen Gemeinsamkeitsparolen es suggerieren. Auch in der Wirtschaftspolitik sind auseinandergelungene Ansichten keineswegs untergeordneter Art getarnt durch Mimikry, durch den Anspruch der Opposition, eine ‚bessere CDU‘ zu sein, und durch eine Regierungspolitik, die sozialpolitische Forderungen der Opposition weitgehend übernahm.“

Kein Wunder demnach, daß, wengleich als beinahe mildester Vorwurf, der des „geistigen Diebstahls“ nicht selten auftaucht, hüben wie drüben — was aufs hellste beleuchtet, wie verschwommen die Unterschiede geworden waren, um die es in diesem Wahlkampf ging.

Aber ging es denn überhaupt um diese Unterschiede? Manche Äußerung, die zu dieser Frage getan wurde, ließ eine Sprache hören, die, wenn nicht expressis verbis, so doch in ihrem Tenor geradezu beschwörend davon abriet, sich mit der *Sache* zu befassen. Worum also ging es bei der Wahl nach Meinung der Beteiligten?

„Es geht um Deutschland“, ließ die Regierungspartei lapidar vermelden; ein Mitkonkurrent hielt ihr entgegen, es stehe in der Tat fest, daß hier nicht das Parlament des Kongo gewählt werde — womit angedeutet war, daß die Mitteilung, genau besehen,

wenig Informationswert besaß, sondern eher verlockte, zu insistieren: Ja, gewiß, aber was denn nun weiter?

Nicht anders bei jener Feststellung, die sich sowenig nach Opposition anhört und die doch aus dem Mund ihres Kanzlerkandidaten kam: „Es geht nicht um das Gegen-einander, sondern um das Für-einander!“

Eine Proklamation der Gemeinsamkeit also, die dem Abwägen und Auswählen so-wenig dienlich ist wie jene andere Auskunft, die von der Regierungspartei kam:

„Es geht nicht darum, Sie auf eine Partei festzulegen, es geht darum, gemeinsam zu prüfen, was notwendig ist, wo die besseren Leistungen zu finden sind und wer, darauf aufbauend, für die Zukunft das Erreichte sichern und mehren kann.“

Und der liberale Koalitionspartner erklärte auf die Frage, worum es ihm in diesem Wahikampf gehe, sibyllinisch:

„Na, sicher geht es uns nicht darum, welche Partei nun mehr oder weniger Einfluß auf den Staatsapparat hat, sondern es geht uns darum, die sachliche Politik möglichst zu beeinflussen.“

Ja, es konnte gar geschehen, daß in diesem Zusammenhang das eine, in einem anderen Zusammenhang das andere galt, so daß denn eigentlich für jeden etwas zum Aussuchen da war. So meldete *United Press* am 15. August:

„Auf das vom Kanzlerkandidaten der SPD geforderte Fernsehduell eingehend, meinte Erhard, es gebe nach dem deutschen Grundgesetz keinen Kanzlerkandidaten, gewählt werde vielmehr das Parlament!“

Und am 20. August meldete dieselbe Agentur nichts weniger als das Gegenteil:

„Sie wählen am 19. September nicht nur einen neuen Bundestag, pflegt Erhard seinen Zuhörern im Wahlkampf zu sagen, Sie wählen indirekt damit auch den neuen Bundeskanzler. Und Sie können dann entscheiden, ob der Mann, der vor Ihnen steht, versagt hat.“

Wiederum anders sah es der Vorsitzende der bayrischen Koalitionspartei. Er sagte:

„Es geht am 19. September nicht um Personen, nicht um Parteien, nicht um Koalitionen, es geht allein um die Frage, ob die bisherige Politik fortgesetzt werden soll oder nicht.“

Womit es denn, wenn man es nur recht bedenkt, doch wieder um Personen, um Parteien und um Koalitionen ging, wie es bei der Wahl zum Deutschen Bundestag ja nun eben auch in der Natur der Sache liegt und keineswegs anstößig ist.

Bei all diesen Äußerungen wird der Versuch hörbar, von der Sache selbst abzulenken auf Großes und Umfassendes, das nicht erlaubt, nach der Definition zu fragen, oder auf allgemeines wie die „bisherige Politik“, wo denn mehr oder weniger deutlich die „Erfahrung“ in Regierungschngen als Argument ausgespielt wird, als handele es sich dabei um einen absoluten Wert und gleichsam um einen Garantieschein für alle Zukunft. Dazu trat dann das wirtschaftliche Wohlfsein als oberstes Kriterium für die Richtigkeit dieser „bisherigen Politik“, eine Reduzierung der Argumente, die es unter anderem möglich machte, daß das Wort „Sicherheit“ zu einem Leitwort wurde, dessen sich die beiden großen Parteien aufs großzügigste bedienten:

„Unsere Sicherheit — CDU“ rief es von den Plakaten, und das Echo lautete be-stätigend: „Sicherheit — ja! SPD“.

Übereinstimmung also auf der ganzen Linie, allgemeiner Appell an das Bedürfnis des Menschen nach „Sicherheit“, ein Bedürfnis, das naturgemäß um so stärker ist, je deutlicher sich Zweifel melden, ob sich Sicherheit, gleich welcher Art, überhaupt ein für allemal fest verbürgen läßt. „Sicherheit“ wurde zum verbalen Fetisch, und in dem Maße, wie man allerorten diesen Fetisch schwang, kam ihm seine eigentliche Natur abhanden, so daß am Ende kaum eindeutig festzustellen war, was denn nun eigentlich mit der in Aussicht gestellten Sicherheit gemeint sei, — und wo sie möglicherweise ihre Grenzen habe.

*Die Welt*, 4. September 1965: „Sicher ist, daß wir schwierigen Zeiten in der Außenpolitik entgegengehen, die höchst unbequeme Entscheidungen abverlangen werden. Sicher ist, daß der Ausgleich des Bundeshaushalts in der kommenden Legislaturperiode schwieriger denn je sein

wird. Sicher ist auch, daß die Zeit der Steuersenkungen vorbei ist und eine Zeit der Steuererhöhungen kommen könnte. Aber auf all das möchte wohl keine der großen Parteien anspielen, wenn sie sich mit dem Etikett ‚Sicherheit‘ den Wählern empfehlen. Der nach Sicherheit hungernde Wähler hat am 19. September paradoxerweise nicht einmal die Gewißheit, für welche Koalition und für welchen Kanzler er seine Stimme abgibt."

Was also war mit Sicherheit gemeint? Die Sicherheit, friedlich und frei Geschäften und Vergnügungen nachgehen zu können, ohne von Kriegen oder ähnlicher Unbill bedroht zu sein? Die körperliche Sicherheit oder die wirtschaftliche? „Sicherheit“ war nichts weniger als alles das zusammen, und ganz pauschal wurde sie in des Kanzlers Rede auch einmal so umschrieben:

„Wir werden in glückhafter Fügung vollenden, was wir so schicksalsschwer begonnen haben ...“

Derlei Schwulst im Umgang mit der Sprache diene — möglicherweise unbewußt — einer ganz konkreten Absicht: Das eigentliche politische Ziel wurde zunächst verstellt von emotional überanstrengten Formulierungen, die Sicherheitsgarantie gewissermaßen höheren Instanzen überantwortet, als deren Statthalter sich der jeweilige Redner — es gab nicht nur einen, der sich solchen rhetorischen Rüstzeugs bediente — zu erkennen gab. Für den Wähler ging es hier nicht mehr um rationales Abwägen, sondern nur noch um Vertrauen, hingebendes Sich-Anvertrauen; damit wurde jede Einrede, jede Diskussion sogleich verdächtig und nahm leicht subversiven Charakter an. Das in seiner Gutwilligkeit rührende, gleichwohl verunklärende Wort des Kanzlerkandidaten, seine Partei führe ihren Kampf „nicht *gegen* irgendwen, sondern *für* Deutschland“, mag ein letzter Ausläufer jenes deklamatorischen Bebens gewesen sein, das allerorten die Perspektiven verschob. Doch der Versuch, an die Stelle des magischen Wortes „Sicherheit“ auch einmal ein anderes mit konkretem Inhalt zu setzen, wurde keineswegs unterlassen:

„Das große Thema: die Stabilität der Währung, der Wirtschaft, der Beschäftigung, des Exportes, der Renten, der Preise. Die Stabilität des Wohlstandes!“

Hier nun wurde einmal mehr jener Wohlstand ausgerufen, der nachgerade zur Pflicht geworden ist, und der, weil er ohne Zweifel eine keineswegs geringzuschätzende Annehmlichkeit darstellt, jetzt als „Beweismittel“ diene. So zum Beispiel:

„... der will sein Bier, und er will leben, wenn's geht, aus dem vollen. Wohlstand, so sagt er sich, ist schließlich nicht unmoralisch, und Hunger macht den Menschen weder frei noch edel. Denn: War der Mensch edel, als er um Brot und Hering Schlange stand und Kippen sammelte?“

Das sind in der Tat abenteuerliche Schlußfolgerungen: Ehe man sich's versieht, wird Edelmut zum natürlichen Ergebnis stattgehabter Sättigung, und sogleich wird unsichtbar die Schar derjenigen, die auch in der Schlange noch edelmütig blieben. Mag sein, daß jener, der da beim Bier zufrieden über den Wohlstand meditiert, nicht edel war, als ihn hungerte — scheint es dann aber nicht mindestens zweifelhaft, ob er, gesättigt, so ohne weiteres Edelmut für sich in Anspruch nehmen kann?

Die Überlegung, daß eine gute Politik zum Wohlstand führen sollte, wurde dergestalt in der schlichtesten Umkehrung dargeboten: Da es den Wohlstand gibt, muß es ohne jeden Abstrich eine gute Politik gewesen sein, die ihn hervorgebracht hat — eine Überlegung, zu der zumindest der Logiker einige Bedenken anmelden dürfte. Ganz abgesehen davon, daß sie außerdem zu unterstellen pflegt, der Gegenspieler wäre in jedem Fall unfähig gewesen, ein vergleichbares Ergebnis zu erzielen. Wie denn auch bei diesem Gedankenspiel ganz außer acht bleibt, daß Wohlstand und Wohlergehen zwei verschiedene Dinge sind und nicht unbedingt immer zusammen auftreten müssen. Das heißt: Es kann jemand im Wohlstand leben und dennoch ein Lump sein oder ein armer Tropf.

Hier also wurde Wohlstand unbefangen als Kriterium genommen, das, da an Zahlen ablesbar, die Sicherheit des letzten Beweises für sich in Anspruch nahm. Wohlstand wurde unversehens zu einer moralischen Kategorie. Unfreiwillig wohl decouvierte eine

Anzeige die Inkommensurabilität der Dinge, um die es ging, indem sie sie als knappe Stichworte zu schlechthin verblüffender Nachbarschaft brachte: „Es geht um Deutschland! — Was habe ich davon?“

Auf der einen Seite also die Attitüde der gesamtnationalen Verantwortung, des höheren Zieles, des allgemeinen Anspruchs — auf der anderen Seite die nicht verblühte Anregung, den platten, zählbaren Nutzen im ganz privaten Bereich zum Maßstab des politischen Votums zu machen.

„Der Wahlschluß ist wesentlich,  
Wer CDU wählt, sorgt für sich.“  
„Ja, ja wir sind in all den Jahren  
mit Ludwig Erhard CDU  
doch alle wirklich gut gefahren,  
das wissen wir und ich und du.“

Die Plattitüde als Mittel der Wahl-Propaganda, das war ein allseits akzeptiertes Grundrezept, für das, so scheint es, am ehesten die Spezialisten der Konsumwerbung die nötige Unerbittlichkeit aufbringen. Hier ist man offenbar der ungebrochenen Überzeugung, daß gerade jene, von denen die politische Wahlentscheidung abhängt, durch Informationen und Argumente nicht erreichbar sind, wohl aber durch den unablässigen Hinweis auf persönlichen Vorteil, der nicht einmal präzisiert werden muß, auf Prestige, auf Dinge jedenfalls, die außerhalb des eigentlichen politischen Bereiches liegen.

*Christ und Welt*, 3. September 1965: „Gibt es da doch zum Beispiel ein Werbeblättchen der Partei, das in einheitlicher äußerer Aufmachung überall in der Bundesrepublik in die Briefkästen gestopft wird und in seiner Mitte jeweils acht Seiten enthält, die den lokalen Kandidaten preisen. Das Heftchen symbolisiert den politischen Substanzverfall dieses Wahlkampfes: Es bemüht sich allein um den Nachweis, daß die SPD die gleichen honorigen Wohlstandshüter, zu bieten habe wie die CDU, bloß besser: Vertrauen, Vertrauen und keine Politik. Denn politische Ziele gibt es offenbar nicht mehr. Die CDU macht es nicht anders in ihren gedruckten Anpreisungen. Zwar haben sie alle eine einheitliche Stoßrichtung, aber auch sie kommen ohne wirkliche politische Argumente aus.“

Und wo dazu noch Feuerwerke knattern und der Glamour des modernen Schau-Geschäftes aufgeboten wurde, da konnte es kaum ausbleiben, daß der Wähler so angesprochen wurde, als sei er ein Backfisch mit allzu altmodischen Vorstellungen von der bürgerlichen Tugend:

„Einmal muß man es probieren, keine Angst, es wird schon gehn;  
einmal muß es ja passieren, nachher ist es noch mal so schön!“

Der weiteste Umweg, der in großem Abstand an der Sache selbst vorbeiführt, war gerade weit genug, um für eben diese Sache Stimmung zu machen. Wie denn auch die Werbeleute nahezu blind nach den entferntesten Aufhängern grapschten:

„In diesen Tagen reist Ludwig Erhard durch Deutschland. — In diesen Tagen reisen viele durch Deutschland. — Aber nicht alle werden so herzlich begrüßt wie Ludwig Erhard. 65 Prozent aller Deutschen wollen, daß er unser Kanzler bleibt.“

Das ist, wenn man so will, ein Musterstück aus dem Lesebuch der Werbung. Im Rechenbuch waltete die gleiche schlichte Faßlichkeit:

„Das Einmaleins der Politik lautet: Unsere Sicherheit — Ludwig Erhard und die CDU.“

Wogegen sich dann anderwärts die ungleich kühnere, freilich nicht ganz geglückte Metapher geradezu geistreich ausnehmen konnte:

„16 Jahre haben CDU und CSU uns den richtigen Weg geführt, den Weg von Erfolg zu Erfolg, den Weg vom Schlangestehen um ein Stück Brot zu den Fahrzeugschlangen auf der Autobahn ...“

Angesichts eines solchen gedanklichen Brückenschlags konnte es nicht einmal wundernehmen, wenn sich die Partei selber im Bilde des zum Symbol der Bewährung erhobenen Automobils verkörpert sah: „... zuverlässig . . ., solide . . ., mit viel Schwung und einem verlässlichen Motor.“

Einer Werbung, welche weniger die Sache als die Art und Weise, sie an den Mann zu bringen, im Auge hat, kann es naturgemäß auch kaum mehr auffallen, wenn sie mit den Gesetzen der Logik in Kollision gerät:

„Die SPD gibt zu, daß sie sich geirrt hat. Gut, niemand ist gegen Irrtum versichert. Aber Irrtum als Parteiprogramm? Wer schützt uns eigentlich davor, daß sich die SPD nicht auch weiterhin irrt? Niemand. — Niemand? Doch: Ludwig Erhard und die CDU!“

Es bedürfte wahrlich tiefgreifender Änderungen in unserem parlamentarischen System, wenn es möglich werden sollte, daß eine Partei ihre Wähler davor schützen kann, daß die andere Partei sich weiterhin irrt; wie die Dinge liegen, wird sich auch die im sichersten Besitz der Wahrheit befindliche Partei bis auf weiteres damit begnügen müssen, allenfalls die Folgen solchen Irrs abzuwenden.

Es kommt also hier, wie bei solchen Werbetexten eben üblich, gar nicht so sehr darauf an, eine Kette logischschlüssiger Argumente zu bieten, sondern jede Scheinlogik scheint gut genug, um geschwinden Schrittes zur Schlußfolgerung zu führen, deren Prägnanz verhütet, daß der Hörer oder Leser in die Versuchung gerät, den Faden noch einmal zurückzuverfolgen. Denn erst denjenigen, der gar nicht mehr fragt, kann man mit dem Bescheid erreichen: „Sicher ist sicher!“ Ein Satz, dessen Beweiskraft nicht eben größer ist als die Replik eines Wahlkampfbeobachters: „Wenn Erhard aus dem Wagen steigt, wird deutlich, daß die Sozialdemokraten Erhard und der CDU das Wort Sicherheit nicht stehlen können.“

Diese Feststellung führt auf jenes Gebiet der emotionalen Entscheidungen, auf dem nicht Meinungen und Argumente gelten, sondern Sympathien und Animositäten, fernab von der Sache, dafür um so näher an der Person selbst. Der Versuch, so geartete Mitteilungen dann doch wieder ans eigentliche Thema anzubinden, kann natürlicherweise zu akrobatischen Akten führen; so etwa, wenn in einer Wahlbroschüre der Einblick in die sympathische private Sphäre sogleich in den größeren Zusammenhang des politischen Ganzen gestellt werden soll und auch die Zustimmung einer über beidem befindlichen Autorität andeutungsweise hörbar werden soll:

„So weiß die Öffentlichkeit von Strauß, daß er ein Fachmann für Atomenergie, Sicherheitsfragen, Wirtschaftspolitik und Außenpolitik ist; sie weiß aber nicht, daß er vor wenigen Jahren seinen Kindern eine elektrische Eisenbahn geschenkt hat und seitdem *vor Gott*, seinen Söhnen und seiner Tochter ein Fachmann für elektrische Eisenbahnen geworden ist.“

Was die zu erwartenden konkreten Probleme und Entscheidungen anging, so war nicht viel mehr zu hören als die eher dumpf und gar nicht optimistisch klingenden Andeutungen von „großen Aufgaben“, auf deren Präzisierung man meist vergeblich wartete. — Indessen mag es viele gegeben haben, die gar nicht erst darauf warteten, sondern eigentlich ganz zufrieden waren, daß man sie mit dem Unangenehmen vorerst gütig verschonte und ihnen mit dem Angenehmen die Wahl um so leichter machte:

„Was wäre denn das Rezept für diese Welt, wenn nur die Armut die menschliche Tugend zur Auswirkung kommen lassen könnte? Ich bin der Meinung, der Wohlstand ist schon eine gute Sache“ — sagte der Bundeskanzler.

„Komfort ist Mode geworden. Modell Kakadu, wenn Sie gut und bequem gehen wollen. Bequem die Form, weich das Leder. Ihr nächster Schuh: Kakadu!“ — meint eine Schuhfabrik.

„Wir haben liberale Wähler, die das Freiheitsrecht des einzelnen auch gegenüber dem Staat vertreten, wir haben nationale Wähler, für die Begriffe wie Volk und Vaterland nicht einfach leere Phrasen sind“ — meldete die FDP.

„Die Fixfax-Kosmetik bietet für jede Haut ein spezielles Pflegeprogramm. Sie sollten sich beraten lassen“ — schlägt ein Unternehmen für Schönheitspflege vor.

Ein beträchtlicher Teil der Wörterflut — das zeigte die überwiegende Zahl der zitierten Beispiele — bezog seine Wirkungslosigkeit paradoxerweise aus dem Umstand, daß gegen das Gesagte nicht das geringste einzuwenden war. Winzige Nuancen wurden

dennoch hie und da spürbar und gaben ganz kurz ein wenig den Blick frei auf das große Feld der Meinungsverschiedenheiten, das oft gleich hinter dem Paravent allgemeiner Bekundungen beginnt, so daß mit herben Enttäuschungen rechnen mußte, wer den Paravent für die Realität nahm. So hieß es in den kulturpolitischen Grundsätzen der Regierungspartei:

„Die Kunst kann nur in Freiheit und Unabhängigkeit blühen. Der Künstler muß frei sein. Der Staat soll Mäzen sein, er soll sich aber jedes Eingriffs in die Freiheit der Kunst enthalten.“

An anderer Stelle aber wurde, gelegentlich einer Definition dessen, was unsere Freiheit ist, das gleiche ein wenig anders gesagt, so nämlich: „Die Kunst gibt ungehindert ihre Rätsel auf.“

Was eben noch blühen sollte, in aller Unabhängigkeit, wird jetzt schon als Rätsel deklariert, und zwar derart, daß man das kleine Lächeln heraushört, das der Sache gilt. Das ist also schon ein Schritt heraus aus der keimfreien Luft der „Kulturpolitischen Grundsätze“, und wer recht hinhörte, in dem mochte die Frage aufsteigen, wer denn nun wohl darüber befände, wo das freiheitliche Blühen in das wohlwollend zu belächelnde Rätselaufgeben übergeht und wo denn schließlich der Punkt sein mag, da diese Rätsel dann — wie es wörtlich hieß — zu „unappetitlichen Auswüchsen der modernen Kunst“ werden?

Unsicherheit also, womöglich mit Absicht erzeugte, gleich hinter der spanischen Wand glatter Leitsätze — Plattheit und abstrakte Blässe als Camouflage der eigentlichen Denkart, als Methode der Verschleierung dessen, was wählbar gemacht werden sollte?

Nun war ja die Sprache dieses Wahlkampfes keineswegs immer das Werk derer, die ihn führten, der Politiker also. Mehr noch als schon in früheren Jahren waren diesmal an den Formulierungen Leute beteiligt, die von Berufs wegen mit Sprache und Texten zu tun haben: Auf der einen Seite die Werbeleute, die es sich zur Aufgabe gemacht haben, die Methoden der Überredung leichthin zu variieren, je nachdem, ob Spülmaschinen oder Hundefutter gemeint sind, und auf der anderen Seite die Schriftsteller.

Man hat sich oft gewünscht, gerade die Schriftsteller möchten als Vertreter des Geistes und Verwalter der Sprache dem politischen Leben nicht fernbleiben, sondern das Ihre dazu beitragen. Nun eben dies geschehen ist, stellt sich heraus, daß sie, sowohl was den Geist als auch was die Sprache angeht, den Gegnern solcher staatsbürgerlichen Betätigung mehr Beweismaterial in die Hände gespielt haben als wünschenswert gewesen wäre, und zwar am meisten gerade dort, wo jenes „Wahlkontor“ junger Schriftsteller am offensichtlichsten gearbeitet hat und wo es denn zu Anzeigentexten wie dem folgenden kommen konnte:

„Auch Röntgenfilme unzüchtig? Noch ist es nicht so weit. Noch hat das Tugendschnüffeln scheinheiliger Präfekten des Bonner Hofstaats die Hospitäler und die Institute vorläufig ausgespart. Denn man ist sparsam hierzulande, wenn es um Gelder für Wissenschaft und Forschung geht. Man plündert zwar die Bundeskassen — denn Wahlgeschenke sollen retten die Felle der regierenden Partei. Hernach will jeder Hand und Zunge in weißer Unschuld waschen: Der Kanzler der regierenden Partei, der Vorstand der regierenden Partei, der Präsident des Parlaments von der regierenden Partei. Wer sollte denn das Übel wenden des Kassensturzes — wenn nicht diese Drei? Und „Halt-den-Dieb“-Methoden sind zu alt, um majorennen Wählern die Einsicht zu verschließen: Von Wahlgeschenken profitiert kein oppositioneller Teil. Studenten gehen auf die Straße, und ihre Professoren wettern, daß man am falschen Ende spare. Selbst Krankenhäuser melden, wie man weiß, sich krank. Für den Nobelpreis unverdächtig ist solche Staatskunst à la Bonn ...“

Die Zahl der Schnitzer und Unsauberkeiten in diesem Text ist ganz erstaunlich groß, wenn man bedenkt, daß er von Leuten stammt, die mit der Sprache von Berufs wegen umgehen. Horcht man das Stück auf logische Konsequenz und sprachliche Ordnung ab, so kann es nicht standhalten, sondern erweist sich als Amateurprodukt — sprachlich wie sachlich. Da ist, um nur etwas herauszugreifen, der Kassensturz, der die Feststellung

des Kassenbestandes meint, verwechselt mit dem negativen *Ergebnis* einer solchen Zahlung, also mit der „Kassenebbe“, dem Bankrott. Da wird die Behauptung aufgestellt:

„Von Wahlgeschenken profitiert kein oppositioneller Teil“ — was sowohl in der Sache angreifbar ist wie in der Sprache, denn was man sich unter einem „oppositionellen Teil“ wohl vorzustellen habe, bleibt der Text wohlweislich schuldig. Da gibt es eine „Tugendschnüffelei“, die aber keineswegs nach Tugend schnüffelt, sondern nach dem Gegenteil — und da wird schließlich dies alles und einiges andere in der verblüffenden Schreibart der freien Rhythmen präsentiert, wohl gerade, um vom Sachlichen abzulenken. Das ist die Praktik eines Überredungskünstlers, dem vor lauter freirhythmischem Bombast die Kontrolle abhanden kommt.

Weniger ambitioniert, aber zielstrebig gepflegt gab sich der Hang zum volkstümlich Kabarettistischen zu jeder Art von Unterhaltsamkeit:

„Wie privat, so auch politisch  
ist der Mensch besonders kritisch,  
und so wählt er den Professor,  
denn die CDU ist besser.“

So rezitierte in Anlehnung an allgemein geläufiges Reimgut eine Dame in der Tonart einer ehrgeizigen Sextanerin, die sich hervortun will, und anderswo las man folgende Konjugation des Sicher-seins:

„Ich bin sicher — du bist sicher: Willy ist sicher — sicher war sicher. Er ist sicher — sie ist sicher: CDU ist sicher — Oma wäre sicher. Es ist sicher: Keiner ist sicher vor Sicherheit!“ Woran sich die in diesem Zusammenhang nicht unbedingt überzeugende Feststellung anschloß: „Darum Freie Demokraten nötiger denn je.“

Andererseits wurde die „Versachlichung“ des Wahlkampfes häufig gefordert. Sie mißlang oft gerade denen, die am heftigsten danach verlangten: „Man sehe sich ihre Wahlhelfer an, die Günter Grass, Hochhuth und Konsorten, man denke an die macht-lüsternen Bosse der monopolistischen Gewerkschaften, die der SPD die Faust in den Nacken drücken ...“, so schrieb eine engagierte Tageszeitung, die noch mit manch anderem Beitrag zum Wahlkampf ihre eigene Forderung nach Sachlichkeit stets von neuem torpedierte — selbst dort, wo sie vorgab, von der *Sache* zu sprechen: „Im norwegischen Wahlkampf spielt eine Affäre eine Rolle, die, wie immer sie die norwegischen Wähler quittieren werden, einen schlechten Reim zu der Parole ‚Sicher ist sicher — SPD‘ abgibt.“ Kein Zweifel, daß der Reim schlecht sein muß, denn gewiß hat die *deutsche* Partei ihren Slogan nicht erfunden, damit er sich auf den *norwegischen* Wahlkampf reime. Die Affäre aber, so stellt sich heraus, besteht darin, daß der norwegische Industrieminister einer amerikanischen Ölgesellschaft die Genehmigung zur Ölgewinnung auf Spitzbergen erteilt habe, „und er habe dies in besonders sorgloser Weise getan, sich zum Beispiel vorher nicht einmal Gesteinsproben vorlegen lassen. . .“. Hier, so scheint es, war der Gipfel der Versachlichung erreicht: Wer Freunde hat, die in Spitzbergen Genehmigungen erteilen, ohne sich vorher Gesteinsproben geben zu lassen, wer solche Freunde hat, der ist in der Tat kaum mehr diskutabel.

Um so dezenter verliefen in diesem Jahr alle Versuche, dem christlichen Wähler den richtigen Weg zu weisen. Es sei, so sagte der Vorsitzende der Fuldaer Bischofskonferenz, „kein eigentlicher Hirtenbrief, sondern nur eine kurze, aber klare Verlautbarung formuliert worden“. In ihr hieß es kurz und klar:

„Wir deutschen Bischöfe bitten daher alle wahlberechtigten Gläubigen, sich am 19. September durch nichts von der Erfüllung ihrer Wahlpflicht abbringen zu lassen und Männer und Frauen zu wählen, die aus gläubiger Haltung und im Vertrauen auf Gott die schweren Aufgaben übernehmen, die ihrer warten.“

Und ein Plakat mahnte: „bete, bete, bete und wähle“, wozu ein Kommentar in einer Zeitung das folgende verlauten ließ:



„Das allgemein bekannte ‚Bete und arbeite‘ wollen wir nicht abschaffen. Aus Anlaß der Wahl des fünften deutschen Bundestages wollen wir es aber übersetzen in ‚Bete und wähle!‘... Nicht aus parteipolitischen Überlegungen, sondern aus unserem Glauben an die Allmacht Gottes, soll das Plakat uns Christen auffordern, für diese, für unsere ganze Bevölkerung so wichtige Entscheidung auch zu beten.“

„Aus unserem Glauben an die Allmacht Gottes“ soll das Plakat uns auffordern — dies, scheint es, sind die dünnen Stellen im Sprachgewebe, die anzeigen, daß der Autor denn doch lieber etwas anderes gesagt hätte, und daß er das, was er so fehlerhaft sagte, eben auch nicht meinte.

Das ganze Gegenteil fand statt auf einem Gebiet sprachlicher Artikulation, welches volkstümlich als „Schimpfen“ bezeichnet wird; es reichte von der kruden Verbalinjurie bis zur abgefeimten Spottrede und war ein Gebiet, das trotz aller gegenteiligen Vorankündigungen sowohl von den Unionsparteien als auch von der Opposition sorglich beachert wurde. Zum Auftakt kam aus dem Regierungslager der hinreichend bekannte „Pinscher“, während die Opposition den amtierenden Kanzler hier und da einen „Pudding“ hieß, und ein für seinen beißenden Witz mehrfach beliebiger Redner fand gar noch eine Steigerung, indem er sagte: „Der Erhard sollte in seinem Wappen statt einer Zigarre vielmehr einen Wackelpudding führen.“

Bemerkenswert bleibt bei dieser recht stumpfen Art der Formulierung (der zahllose andere Beispiele um nichts nachstanden) die völlige Abwesenheit von Geist und Scharfsinn, welche vermittels ihnen innewohnender Erkenntnis-Elemente so etwas wie ein höheres Vergnügen am politischen Wortgefecht ermöglicht hätten. Davon war wenig oder nichts zu hören, und die bajuwarisch eingefärbte, gegenüber Zwischenrufern häufig wiederholte Anregung, doch wenigstens den Kehlkopf zu schonen, wenn schon kein Kopf vorhanden sei, konnte für diesen Notstand nicht entschädigen, weil eben ein Kalauer kein Bonmot ist.

Dem Autor dieses Kalauers verdankte man auch die in der politischen Diskussion bisher nicht gängige Vokabel „Stinkstiefel“ — und, wiederum an einen Zwischenrufer gewandt, ließ er sich vernehmen:

„Wenn Sie sich zur DFU bekennen oder zum jungdemokratischen Stoßtrupp, der noch links von der SPD steht, setze ich mich mit Ihnen nicht auseinander.“

Es mag hier unerörtert bleiben, ob es a) rechtens und b) gar demokratisch ist, über Fragen und Einwände nur mit solchen Leuten diskutieren zu wollen, die von der eigenen Meinung nicht allzu weit entfernt sind und gleich von Anfang an jene auszuschließen, die *ganz* anders denken. Bemerkenswert ist jedenfalls, daß hier ein „jungdemokratischer Stoßtrupp links von der SPD“ zum Schimpfwort wurde zu einer Zeit, da es selbst gelernten Christdemokraten zustoßen konnte, daß sie sich links von der SPD vorfanden.

Zwar hat der „Stoßtrupp“ etwas Martialisches, ansonsten aber ist der Ausdruck frei von jedem negativen Unterton, und der Unbefangene vermöchte sich durchaus unter einem „jungdemokratischen Stoßtrupp links von der SPD“ etwas ganz Manierliches, Erfrischendes und vor allem: überaus Demokratisches vorzustellen. Weit gefehlt, es handelt sich um jene Art von Abschaum, mit dem ein Christlich-Sozialer nicht einmal ins Gespräch zu treten bereit ist.

Nicht ohne Pikanterie waren auch gewisse Parallelen zwischen eben jenem christlich-sozialen Parteivorsitzenden und den Nationaldemokraten, so, wenn dieser von den „Nihilisten“ sprach, welche „der Ver lumpung und Verlausung wie bei den Nazis“ Vor-schub leisten, während jene versicherten — wobei der Affekt ihnen selbst noch das beabsichtigte sprachliche Bild verzerrte: „Wir Nationaldemokraten sind nicht bereit, feige vor der linksintellektuellen Gosse zu kapitulieren.“

*Süddeutsche Zeitung*, 31. August 1965: „Zweifellos mehren sich die nationalistischen Zungenschläge, und zwar nicht nur bei den Rechtsextremen. Auch die großen Parteien drohen mitunter in einen regelrechten Rechtsdrall zu verfallen — weniger in den Großstädten, wo derlei Töne kaum Resonanz finden, um so leichter in der Provinz. Nach CSU-Strauß und seiner bösen Formulierung wider das ‚Sühne-Deutschtum‘ ist es jetzt FDP-Mende, der in Ansbach auf nationalistische Residuen bei seinen Zuhörern spekuliert, indem er die Leute attackiert, ‚die ein Interesse daran haben, Deutschland bis zum Jahr 2000 mitsamt den Kleinkindern in den Anklagezustand zu versetzen‘.“

Nun ist das „Sühne-Deutschtum“ zweifellos ein harter Paukenschlag, demgegenüber die Sorge für die Kleinkinder des Jahres 2000 sich eher liebenswürdig ausnimmt. Doch kannte die nationale Melodie noch viel gedämpftere Töne:

„Deutscher sein, das heißt einer zu sein von vielen Millionen mit dem gleichen Anfang, das heißt, eine gemeinsame Sprache sprechen und eine gemeinsame Vergangenheit haben, in Größe und Glück, aber auch im Verhängnis. Das heißt auch, große Landsleute zu haben, Goethe und Beethoven, Luther, Freiherr vom Stein, Röntgen, Bismarck — und Konrad Adenauer. Wir bemühen uns, dieser Namen würdig zu sein.“

In der Vergangenheit der Denkmäler, denen — etwas zweischneidig — auch der frühere Kanzler zugerechnet wird, verliert sich mählich jenes sogenannte „Verhängnis“, das anderswo auch einmal als das „Unglück“ apostrophiert wurde, das wir nun einmal gehabt haben, punktum. Nur wer dem „Sühne-Deutschtum“ anhängt, dem mangelt demnach die Fähigkeit, jene Lücke zwischen Bismarck und Konrad Adenauer so ohne weiteres mit einem anonymen „Verhängnis“ zu stopfen und dann wieder stolz zu sein. Für die anderen endet der Stolz mit Bismarck, um dann mit Adenauer wieder kraftvoll einzusetzen: Mit ihm beginnt jener Abschnitt der Vergangenheit, auf welchen die Regierungsparteien so intensiv zurückblickten wie die Opposition es vermied.

Wenn man's so hörte, mocht es leidlich scheinen; doch wenn man genauer hinhört, erweist sich, daß die hier vorgeführten Beispiele aus der Sprache des Wahlkampfes eine bedenkliche Eigenschaft gemeinsam haben: Die politischen Realitäten, über die der Wähler angeblich doch erst informiert werden sollte, bevor er seine Entscheidung zu treffen hatte, waren undeutlich gemacht, und zwar auf vielerlei verschiedene Weise:

Hier durch Formulierungen, welche den politischen Inhalt zur schieren Metaphysik verdampfen ließen, dort durch eine Verschiebung auf das Feld des Allgemeinmenschlichen, Privaten, anderwärts durch eine Sprache, welche die Politik zum Markenartikel verformte, und schließlich durch den Versuch, geschichtliche Realitäten mit vagen Benennungen unschädlich zu machen.

Unabhängig davon, wem der Erfolg letzten Endes recht gegeben hat, sollte dieses Verfahren aufmerken lassen. Angewendet wurde es von allen, die sich um die Wählerstimmen bewerben, wenn auch mit unterschiedlicher Intensität.

Daß solche Methoden im Wahlkampf praktiziert wurden, besagt nun aber nicht, daß sie *nur* im Wahlkampf verwendet werden könnten. Kritische Wachsamkeit von Seiten aller am politischen Leben Beteiligten — und das sind, wie uns die Wahl aufs neue gelehrt hat, alle Staatsbürger — sollte daher notfalls verhindern helfen, daß sie weiter im Schwange bleiben, nachdem die Wahl, der der ganze Aufwand galt, vorüber ist.

Denn Sprache kann sich nicht nur, wie es hier geschah, zwischen den Angesprochenen und die Realität schieben; auch der Sprecher selbst gerät in die Gefahr, sein Bild der Wirklichkeit mit seiner eigenen Sprache zu verstellen. Rückwirkungen auf seinen Umgang mit der Wirklichkeit, ja Verfälschungen der Wirklichkeit selbst wären dann zumindest denkbar. Daher scheint es notwendig, der Sprache, wo immer sie sich hören läßt (vor allem öffentlich), mißtrauisch nachzuhorchen, immer hinter ihr die Wirklichkeit zu suchen.